

# Parteiidentifikationen in Ost- und Westdeutschland nach der Vereinigung

Hans Rattinger

## 1. Fragestellung

In den siebziger Jahren wurde in der westdeutschen Politikwissenschaft eine interessante Kontroverse um die Anwendbarkeit des Konzepts der „Parteiidentifikation“ (Campbell et al. 1960) auf die Bundesrepublik ausgetragen (s. u.a. Berger 1973, 1977; Falter, 1977, Gluchowski, 1978; Norpoth, 1978). Es ist müßig, nach „Siegern“ oder „Besiegten“ in dieser Auseinandersetzung zu fragen. Festzuhalten ist, daß die Stimmen der Skeptiker leiser wurden, spätestens nachdem Gluchowski (1983) der überzeugende Nachweis gelungen war, daß unter Berücksichtigung der historischen Brüche in der deutschen Parteienlandschaft in diesem Jahrhundert die zeitliche Dynamik der Anteile der Parteiidentifizierer und der Stärke vorhandener Identifikationen weitgehend den theoretischen Erwartungen entsprach, wie sie von Converse (1969, 1976) formuliert worden waren.

Nach der Vereinigung Deutschlands stellt sich die Frage nach der Übertragbarkeit des Konzepts erneut - diesmal für die neuen Bundesländer. Sie ist ebenso von praktisch-politischem wie von theoretischem Interesse. Für die Funktionsfähigkeit der Demokratie im vereinigten Deutschland ist es nicht unerheblich, inwiefern sich in den neuen Bundesländern halbwegs stabile Bindungen der Bürger an die politischen Parteien als den wichtigsten intermediären Instanzen der Interessenvermittlung entwickeln. Für die politikwissenschaftliche Forschung ist die Frage von besonderem Interesse, weil mit der Vereinigung zum zweiten Mal innerhalb von etwas mehr als 40 Jahren ein deutsches Teilelektorat mit einem „neuen“ Parteiensystem konfrontiert wurde. Da aber das Konzept der Parteiidentifikation und das theoretische Modell, zu dem es gehört, bei Gründung der „alten“ Bundesrepublik noch nicht zur Verfügung standen, besteht in den neuen Bundesländern hierzulande die erstmalige Gelegenheit, die Herausbildung solcher Identifikationen gewissermaßen „am lebenden Objekt“ zu verfolgen. In „alten“ Demokratien gab es diese Möglichkeit in vergleichbarer Form selbstverständlich nie. Während dort Erwerb und Verfestigung von Parteiidentifikationen im Lebenszyklus als Produkt der politischen Sozialisation und späterer Wahlerfahrungen gesehen werden, kann in Ostdeutschland und in den jungen Demokratien Osteuropas die Entstehung von Parteineigungen in einer Phase des Systemwechsels beobachtet werden, dem das ganze Elektorat gleichzeitig ausgesetzt ist. Allerdings besteht zwischen den neuen osteuropäischen Demokratien und der „alten“ Bundesrepublik einerseits und den neuen Bundesländern andererseits ein erheblicher Unterschied: Während

in ersteren (weitgehend) „neue“ Parteiensysteme etabliert wurden, wurde in Ostdeutschland (weitgehend) ein „fertiges“ Parteiensystem aus Westdeutschland „importiert“.

Genau daran liegt es, daß zur Frage der Übertragbarkeit des Konzepts der Parteiidentifikation auf Ostdeutschland sogleich gegensätzliche Positionen bezogen wurden. Schon vor der Vereinigung argumentierte Roth (1990), längerfristig angelegte Parteineigungen könne es in Ostdeutschland noch gar nicht geben, weil das westdeutsche Parteiensystem erst nach der Wende „importiert“ worden sei. Daraus folgte er, das Wahlverhalten bei der Volkskammerwahl vom Frühjahr 1990 sei notwendigerweise allein durch Sachfragenorientierungen bestimmt gewesen. Damit habe es sich um den klassischen Fall „rationaler“, nur an Sachfragen orientierter Wahlentscheidungen gehandelt; die Volkskammerwahl sei vor allem ein Referendum über die Vereinigung gewesen. Die extreme Gegenposition, daß es in Ostdeutschland durchaus auch schon vor der Wende relativ stabile Parteineigungen (zum Teil natürlich mit westdeutschen Parteien) gegeben habe, wurde so in der Literatur nicht bezogen, aber von der Interpretation Roths abweichende Befunde wurden berichtet. So stellte etwa Gibowski (1990, 1991) fest, daß die Volkskammerwahl bei Zusammenfassung der jeweils „rechten“ und „linken“ Parteien zu einem Ergebnis geführt hatte, das in der Verteilung der Gewichte zwischen diesen beiden Blöcken ganz nahe an den Verhältnissen in Westdeutschland lag, so daß bereits damals ein „vereinigtes“, einheitliches Elektorat festgestellt werden konnte. Wesentlich differenzierter und aufschlußreicher sind die Ergebnisse von Bluck und Kreikenbom (1991, 1993) aufgrund ihrer insgesamt vier Befragungen in Jena anläßlich der verschiedenen Wahlen des Jahres 1990 (zwei vor und zwei nach der Vereinigung). Sie ermittelten, daß ihre Probanden geringe Probleme hatten, eine Identifikation mit Westparteien zum Ausdruck zu bringen, daß ferner erhebliche Anteile von ihnen auf entsprechende Fragen angaben, solche Bindungen auch bereits vor der Wende besessen zu haben. Sie bezeichnen diese als „Vor-Wende-Orientierungen“, und entsprechende Fragen sind inzwischen in mehreren Untersuchungen gestellt worden, wobei bei ihrer Interpretation natürlich die Problematik „retrospektiver“ Befragung nach einem einschneidenden Systemwechsel zu beachten ist.

Aus heutiger Sicht erscheint die Position von Roth weit überzogen. Auch wenn er völlig recht damit hat, daß die Volkskammerwahl fast ausschließlich ein Referendum über die Vereinigung war, folgt daraus keineswegs, Identifikationen mit Westparteien könne es damals (in der Noch-DDR) nicht gegeben haben. Diese Wahl mag sehr wohl ein solches Referendum gewesen sein, dennoch können viele Ostdeutsche bereits längerfristige Neigungen zu Westparteien gehabt haben. Allerdings folgte ihr Wahlverhalten dann nicht diesen Identifikationen, sondern ihrer Haltung zur deutschen Vereinigung und ihrem Tempo. Sachfragenorientierung hätte dann also bei denjenigen Bürgern mit einer gegenläufigen Parteiidentifikation die letztere bei Festlegung der Wahlentscheidung überlagert. Ferner gibt es plausible Gründe für den Befund von Bluck und Kreikenbom, daß die Bürger der DDR sich zum Teil bereits vor der Wende an Parteien der alten Bundesrepublik orientierten und beständigere Einstellungen zu ihnen entwickelten. Schließlich lebten viele von ihnen mit einem permanenten Informationsfluß über die westdeutsche Parteipolitik, die mindestens hinsichtlich der Gestaltung der innerdeutschen Beziehungen auch unmittelbare Konsequenzen für sie selbst hatte. Man kann aus der Haltung der westdeutschen Parteien zur deutschen

Teilung bzw. Einheit eine klare Ableitbarkeit von Identifikationen mit Westparteien konstruieren. Wer im Sinne eines „DDR-Bewußtseins“ den Fortbestand von Zwei-staatlichkeit und Abgrenzung befürwortete, hatte als Identifikationspartei nur die SED zur Verfügung. Wer von weiterer Teilung ausging, sie aber erträglicher gemacht sehen wollte, dem bot sich als Identifikationspartei spätestens seit der sozialliberalen Koalition die westdeutsche SPD (oder auch die FDP) an. Wer schließlich an der Überwindung der deutschen Teilung als langfristigem Ziel festhielt, für den standen als Identifikationspartei im Westen CDU und CSU bereit.

Solche Überlegungen und die Befunde der Regionalstudien von Bluck und Krekenbom finden deutliche Unterstützung durch die von Gluchowski (1992) veröffentlichten Ergebnisse einer Repräsentativstudie der Konrad-Adenauer-Stiftung in beiden Landesteilen im Juni und Juli 1991. Dabei wurden aufgrund der Standardfrage nach der Parteiidentifikation in alten wie neuen Bundesländern jeweils völlig einheitlich 70 Prozent Parteiidentifizierer und 30 Prozent „Unabhängige“ ermittelt. Auf die retrospektive Frage nach „Quasi-Parteiidentifikationen“ vor der Wende gaben 44 Prozent der ostdeutschen Befragten eine solche Neigung zu Westparteien an (Gluchowski 1992, Tabelle 15). Dabei zeigte sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen den „Vor-Wende-Orientierungen“ und der Richtung und Stärke der aktuellen Parteineigungen im Sommer 1991. Als wichtigster Unterschied zwischen beiden Landesteilen wurde ermittelt, daß die Parteiidentifikationen in den neuen Bundesländern zu einem erheblich höheren Anteil als in den alten Ländern mit situativen (gegenüber grundsätzlichen) Argumenten begründet wurden. Daraus folgert Gluchowski (nach Meinung des Verfassers völlig überzeugend), daß Parteiidentifikationen in Ostdeutschland bereits in einem derartigen Ausmaß verbreitet sind, daß kurzfristige, starke Enttäuschungsreaktionen der Wähler unwahrscheinlicher sind als in den jungen Demokratien Osteuropas, daß aber andererseits die Stabilisierung von Wahlentscheidungen durch Parteiidentifikationen noch weniger verfestigt sein dürfte als in Westdeutschland, so daß (noch) stärkere Reaktionen auf Enttäuschungen durch die Parteien möglich sein könnten.

Wenn man auch in Ostdeutschland erhebliche Anteile von Parteiidentifizierern registriert, dann stellt sich natürlich die Frage nach der *Genese* dieser Identifikationen. Die ursprüngliche Theorie kennt vor allem den Erwerb der Parteiidentifikation im Rahmen der politischen Sozialisation und ihre Verfestigung im Lebenszyklus durch Wahlerfahrung. Beides scheidet für die neuen Bundesländer noch weitgehend aus. Für die Übertragbarkeit des Konzepts ist dies jedoch ziemlich unerheblich. Auch für die „alte“ Bundesrepublik mußte man - zumindest für eine längere Übergangszeit - auch andere Möglichkeiten der Ableitung von Parteiidentifikationen zulassen, etwa aus sozialstrukturellen Bezügen und Gruppenzugehörigkeiten usw. (Falter, 1977). Es ist nicht einzusehen, warum solche Herleitungen von Parteibindungen nicht auch in den neuen Bundesländern wirksam sein könnten. Nach der obigen Argumentation sollten „Quasi-Parteiidentifikationen“ vor der Wende ferner auch aus der Haltung zu einer politischen Sachfrage (deutsche Einheit oder Teilung) ableitbar gewesen sein. Auch dies ist mit dem ursprünglichen Konzept der Parteiidentifikation vereinbar. Bei der Frage nach Fortbestand oder Auflösung der DDR handelte es sich sicherlich für diese Gesellschaft um eine zentrale (wenn auch dort nicht offen thematisierbare) Konfliktlinie, an der sich dauerhaftere Einstellungen zu Parteien in Ost- und Westdeutschland

formieren konnten. Schließlich ist man auch im Ursprungsland des Konzepts selbst längst von einer rein unidirektionalen Auffassung des Verhältnisses zwischen Parteiidentifikationen und Einstellungen zu Sachthemen abgekommen. Die rückkoppelnde Verstärkung oder Abschwächung von Parteiidentifikationen durch Sachfragenorientierungen ist eine theoretisch erkannte und empirisch untersuchte Erweiterung des ursprünglichen Ansatzes (z.B. Niemi, 1991).

Nach diesen Überlegungen zerfällt die Frage nach der Übertragbarkeit des Konzepts der Parteiidentifikation auf Ostdeutschland also mindestens in drei miteinander zusammenhängende Teilfragen, nämlich erstens nach dem Ausmaß des Vorhandenseins solcher Identifikationen, zweitens nach dem Vorliegen von Orientierungen an den westdeutschen Parteien bereits vor der Wende und drittens nach der Herkunft und den Bestimmungsfaktoren von Parteeignungen vor und nach der Wende. Wir befassen uns hier ausschließlich mit der ersten Teilfrage. Auch sie kann auf mindestens drei verschiedene Arten angegangen werden. Zum ersten kann man die Verteilungen von Parteiidentifikationen zwischen beiden Landesteilen vergleichen und Ähnlichkeiten bzw. Abweichungen herausarbeiten. Zum zweiten kann man komplexe Modelle der aktuellen Parteipräferenz vergleichend für Ost- und Westdeutschland schätzen, um zu ermitteln, ob Parteiidentifikationen, sofern sie vorhanden sind, in beiden Landesteilen ähnliche Auswirkungen auf andere politische Einstellungen haben. Schließlich ist das Konzept ja vorwiegend nicht in deskriptiver Absicht entwickelt worden, sondern um damit einen Beitrag zur Erklärung anderer politischer Einstellungen und von Wahlentscheidungen zu leisten. Drittens schließlich kann man der Frage nachgehen, ob hinter zustimmenden Antworten auf die Standardfrage nach der Parteiidentifikation in Ostdeutschland andersartige Assoziationen und Motive stehen als in Westdeutschland. Während die zweite Form der Analyse an anderer Stelle bereits vorgelegt wurde (Rattinger, 1993b), kann die dritte der genannten Teilfragestellungen hier nicht verfolgt werden, weil entsprechende Nachfragen in den ausgewerteten Datensätzen nicht gestellt wurden (vgl. aber Gluchowski, 1992 zu den unterschiedlichen Anteilen situativer und grundsätzlicher Parteiidentifikationen in Ost- und Westdeutschland).

Damit verbleibt für diesen Beitrag eine relativ einfache und enge Problemstellung, nämlich die vergleichende *Deskription von Parteiidentifikationen* in beiden Landesteilen seit der Herstellung der Einheit. Hier wird also gewissermaßen der klassische „Ententest“ vorgeführt: Wenn ein unbekanntes Tier wie eine Ente aussieht, wie eine Ente quakt, wie eine Ente schwimmt und wie eine Ente watschelt, dann bezeichnen wir es bis zum Beweis des Gegenteils als eine Ente. Dieser Ententest bleibt jedoch nicht beschränkt auf den Vergleich der Anteile der Identifizierer oder der Stärke der Identifikationen zwischen alten und neuen Ländern, vielmehr wird der Gesamtsatz von Kriterien abgehandelt, der sich bereits der klassischen Ausarbeitung des Konzepts (Campbell et al., 1960) für seine Anwendbarkeit entnehmen läßt. Deshalb wird im folgenden - nach der Darstellung der Datenbasis - der Reihe nach auch eingegangen auf die von den Befragten berichtete Dauerhaftigkeit der Parteiidentifikationen, auf die Beziehung zwischen Parteiidentifikation, ihrer Stärke und Dauerhaftigkeit und dem Lebensalter, auf die relative Stabilität von Parteiidentifikationen und Wahlabsichten, auf die Prägung und Stabilisierung von Wahlabsichten durch die Parteiidentifikation und schließlich auf die Zusammenhänge zwischen Parteiidentifikationen

und Wahlbeteiligung, Sympathiebewertung der Parteien sowie Einstellungen zu politischen Sachfragen und Politikern.

## 2. Datenbasis

In diesem Beitrag werden neben den kumulierten Politbarometer-Untersuchungen der Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim (FGW) aus den Jahren 1991 und 1992 (Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Studien-Nr. 2102, 2114, 2275, 2287) Daten aus zwei gesamtdeutschen Wiederholungsbefragungen ausgewertet. Die erste spiegelt in ihrem Verlauf das rasche Tempo der deutschen Vereinigung wider. Im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojekts „Modelle des Wählerverhaltens“, das der Verfasser zusammen mit J.W. Falter von der Universität Mainz durchführt, wurde diese dreiwellige Befragung im Laufe des Jahres 1989 konzipiert - zunächst natürlich nur für Westdeutschland. Nach Durchführung der ersten Erhebungswelle im Mai 1990 mit etwas über 2000 Befragten wurde beschlossen, angesichts der bevorstehenden Vereinigung die zweite und dritte Welle auf die neuen Bundesländer auszuweiten. Um den Kostenrahmen konstant zu halten, mußte deshalb die westdeutsche Teilstichprobe verkleinert werden. Im Mai 1991 wurden 932 Bundesbürger in den alten Bundesländern zum zweiten Mal und 606 in den neuen Ländern zum ersten Mal befragt. In der dritten bzw. zweiten Welle im Mai 1992 wurden 716 bzw. 325 Interviews realisiert.

Die zweite Wiederholungsbefragung war von Anfang an gesamtdeutsch angelegt - und zwar auf drei Wellen. Die Datenerhebung erfolgte im Rahmen des ebenfalls von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojekts des Verfassers über „Strukturen und Determinanten außen- und sicherheitspolitischer Einstellungen in der Bundesrepublik“. Im Mai und Juni 1992 wurden in Westdeutschland 1046 und in Ostdeutschland 1043 Befragte mündlich interviewt, im März und April 1993 wurden 703 westdeutsche und 740 ostdeutsche Probanden zum zweiten Mal befragt. Die für das Spätjahr 1993 vorgesehene dritte Welle dieser Untersuchung war bei Abschluß dieses Beitrags noch nicht im Feld. In allen genannten Studien wurden die Standardfragen zur Parteiidentifikation und ihrer Stärke gestellt, in den beiden Panels wurde ferner nachgefragt, seit wann die jeweilige Identifikation besteht. Darüber hinaus waren in diesen beiden Panel-Studien zahlreiche weitere Fragen zum Wahlverhalten und zu den politischen Einstellungen der Probanden enthalten.

## 3. Anteile der Parteiidentifizierer im Aggregat

Wir beginnen unsere Übersicht über Parteiidentifikationen in Ost- und Westdeutschland mit dem Anteil der Identifizierer im Aggregat. Abbildung 1 gibt diese Anteile in alten und neuen Bundesländern in den monatlichen Politbarometer-Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen der Jahre 1991 und 1992 wieder. In Ostdeutschland wurde die Standardfrage nach der Parteiidentifikation erst ab April 1991 gestellt. Diese Daten zeigen einerseits hohe Identifiziereranteile in beiden Landesteilen (im Mittel rund

Abb. 1: Anteil der Befragten mit Angabe einer Parteiidentifikation 1991-1992  
(FGW-Politbarometer)

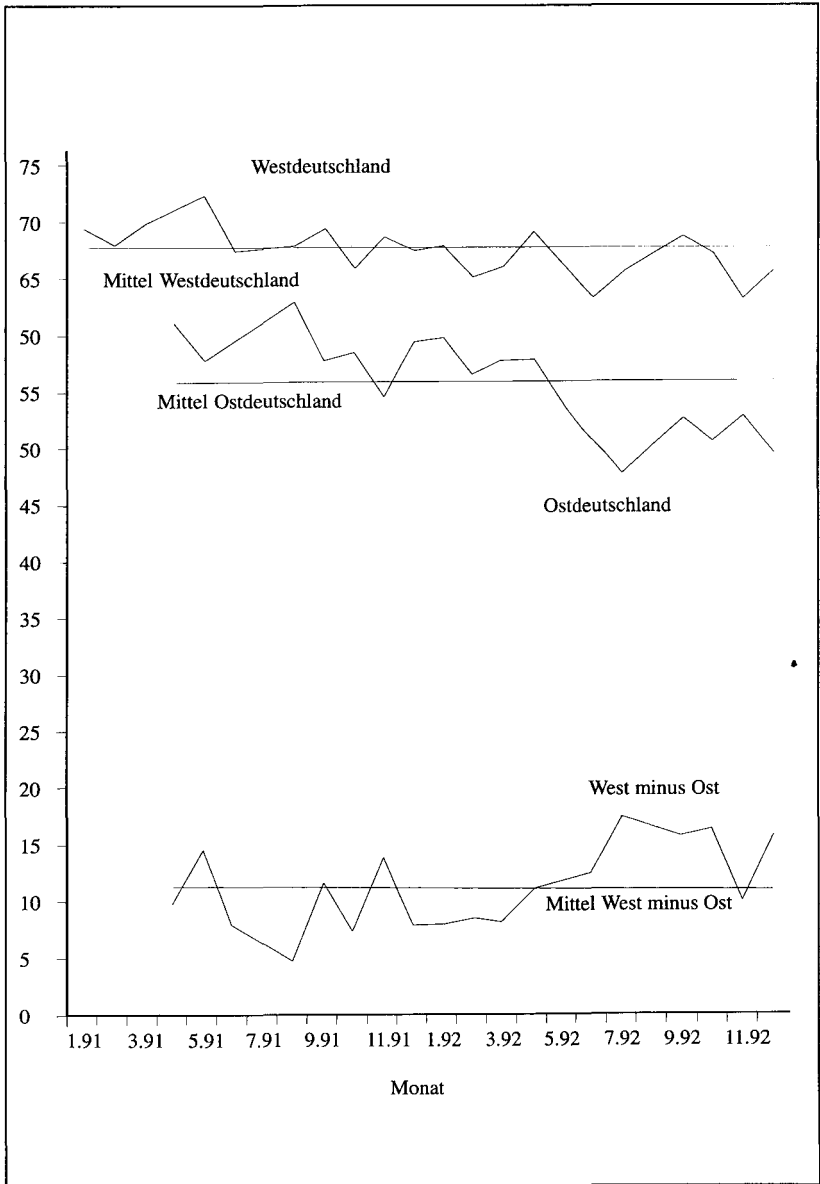


Tabelle 1: Parteiidentifikation, ihre Stärke und Dauer in Ost- und Westdeutschland 1990 bis 1993

	Westdeutschland					Ostdeutschland			
	1990	1991	1992A	1992B	1993	1991	1992A	1992B	1993
% mit Angabe einer Parteiidentifikation	75,5	79,6 <sup>a</sup>	78,5 <sup>b</sup>	69,9	65,9	72,6	71,1	67,6	67,3
% derjenigen mit Angabe einer Parteiidentifikation:									
sehr stark	13,5	11,2	11,4	6,7	6,9	10,5	15,2	6,4	7,2
ziemlich stark	43,5	40,6	35,9	32,3	27,6	37,3	38,1	29,5	30,5
mittelmäßig	38,5	42,7	47,3	50,3	53,1	39,5	44,6	56,7	52,0
ziemlich schwach	3,8	4,7	4,6	8,5	9,7	0,9	2,2	6,4	8,2
sehr schwach	0,3	0,5	0,5	1,4	2,4	0,5	0,0	0,7	1,6
keine Angabe zur Stärke der Parteiidentifikation	0,5	0,3	0,2	0,8	0,2	11,3	0,0	0,3	0,4
Mittelwert der Stärke auf Skala von 0 bis 4 <sup>d</sup>	2,7	2,6	2,5	2,3	2,3	2,6	2,7	2,3	2,3
% derjenigen mit Angabe einer Parteiidentifikation:									
seitdem erinnerbar	26,5	22,8	21,4	25,7	26,1	8,9	13,0	5,2	6,8
seit vielen Jahren	62,6	69,4	72,4	43,2	39,5	25,9	58,4	15,7	17,7
seit ein paar Jahren	-	-	-	23,4	24,6	-	-	58,9	57,0
seit einigen Monaten	10,0	6,9	5,3	6,0	8,2	51,4	27,3	18,4	15,7
seit ein paar Tagen oder Wochen	0,4	0,4	0,2	0,8	0,4	2,0	0,9	0,7	0,4
keine Angabe zur Dauer der Parteiidentifikation	0,5	0,5	0,7	0,8	1,0	11,8	0,4	1,0	2,4
Mittelwert der Dauer auf Skala von 0 bis 4 <sup>e</sup>	2,7	2,7 <sup>c</sup>	2,7 <sup>a</sup>	2,9 <sup>c</sup>	2,8 <sup>c</sup>	1,7	2,3	2,1	2,1
Korrelation zwischen Dauer und Stärke	0,30	0,32	0,24	0,26	0,22	0,32	0,15	0,29	0,31
N	2007	932	716	1046	703	606	325	1043	740
Signifikanzniveaus für Ost-West Differenz:									
a:	p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001								
d:	0=sehr schwach, 4=sehr stark								
e:	0=seit ein paar Tagen oder Wochen, 4=seitdem erinnerbar; die Antwort „seit vielen Jahren“ wurde im Panel 1990-1992 mit 2,5 codiert, also zwischen den im Panel 1992-1993 eingesetzten Kategorien „seit ein paar Jahren“ (=2) und „seit vielen Jahren“ (=3).								
Ost:	Fünf neue Länder und Ost-Berlin								
West:	Alte zehn Länder und West-Berlin								
1992A:	Letzte Welle des Panels 1990-1992								
1992B:	Erste Welle des Panels 1992-1993								
-:	nicht erhoben								

68 Prozent in Westdeutschland und etwa 56 Prozent in Ostdeutschland), andererseits aber auch einen deutlichen Abstand von im Mittel rund 12 Prozentpunkten. In beiden Landesteilen deuten die Kurvenverläufe ferner auf einen leichten Rückgang des Anteils der Personen mit einer Parteiidentifikation hin.

In unseren beiden eigenen Wiederholungsbefragungen kann zwar diese Abnahme des Anteils der Parteiidentifizierer in Ost- und Westdeutschland nachvollzogen werden, nicht aber der in den Politbarometer-Daten sichtbare Abstand zwischen beiden Landesteilen. Vielmehr bestätigen unsere Studien eher den Befund von Gluchowski (1992), der für den Sommer 1991 einen einheitlichen Identifiziereranteil von rund 70 Prozent feststellte. Unsere erste Wiederholungsbefragung erbrachte in den neuen Bundesländern im Frühjahr 1991 und 1992 jeweils etwas über 70 Prozent Identifizierer, in den alten Bundesländern jeweils rund sieben Prozentpunkte mehr (erste Zeile der Tabelle 1). Dieser Abstand ist einerseits deutlich geringer als in den Politbarometer-Erhebungen. Andererseits ist er insofern nicht überraschend, als es sich in Westdeutschland bereits um die zweite und dritte Erhebungswelle handelte. Personen mit geringem politischen Interesse und Engagement scheiden mit höherer Wahrscheinlichkeit aus Wiederholungsbefragungen zu politischen Themen aus, gleichzeitig neigen sie weniger dazu, sich mit einer Partei zu identifizieren. In den ersten beiden Befragungswellen unserer zweiten Wiederholungsbefragung wurden für beide Landesteile einheitlich jeweils knapp über zwei Drittel Parteiidentifizierer ermittelt.

Während also der Rückgang der Identifiziereranteile in beiden Datentypen beobachtbar ist, läßt sich ein deutlicher Niveauunterschied nur den Politbarometern entnehmen. Dieser Abstand zwischen den beiden Landesteilen kann auf zwei Faktoren zurückgehen. Zum einen wird das Politbarometer in Westdeutschland als Telefonerhebung und in Ostdeutschland als persönliche Befragung durchgeführt, zum zweiten handelt es sich bei den Politbarometer-Studien um relativ kurze Interviews, während die Befragungen im Rahmen unserer eigenen Panel-Studien im Mittel jeweils rund eine Stunde dauerten, wobei die Standardfrage nach der Parteiidentifikation ziemlich gegen Ende (zu Beginn des Statistikteils) gestellt wurde. Diese Unterschiede begründen jedoch vor allem eine für weitere Methodenuntersuchungen interessante Frage, inwiefern nämlich in alten und neuen Bundesländern unterschiedliche Befragungssituationen und -dauer verschiedenartige Effekte auf die Bereitschaft haben können, sich als dauerhafter Anhänger einer Partei zu bezeichnen. Für die Zwecke unserer Fragestellung ist zweierlei festzuhalten: Erstens liegen die Anteile der Parteiidentifizierer in Ost- und Westdeutschland so nahe beieinander, daß von einem Problem mit der Übertragbarkeit des Konzepts nach Ostdeutschland unter diesem Aspekt nicht die Rede sein kann. Bürgern in den neuen Ländern fällt es nicht leichter - aber auch nicht schwerer - als denen in den alten, eine grundsätzliche Parteineigung zum Ausdruck zu bringen, zumindest wenn man unterstellt, daß die Standardfrage das mißt, was sie messen soll. Zweitens scheint der Anteil der Parteiidentifizierer in beiden Landesteilen seit Herstellung der deutschen Einheit etwas abgenommen zu haben.

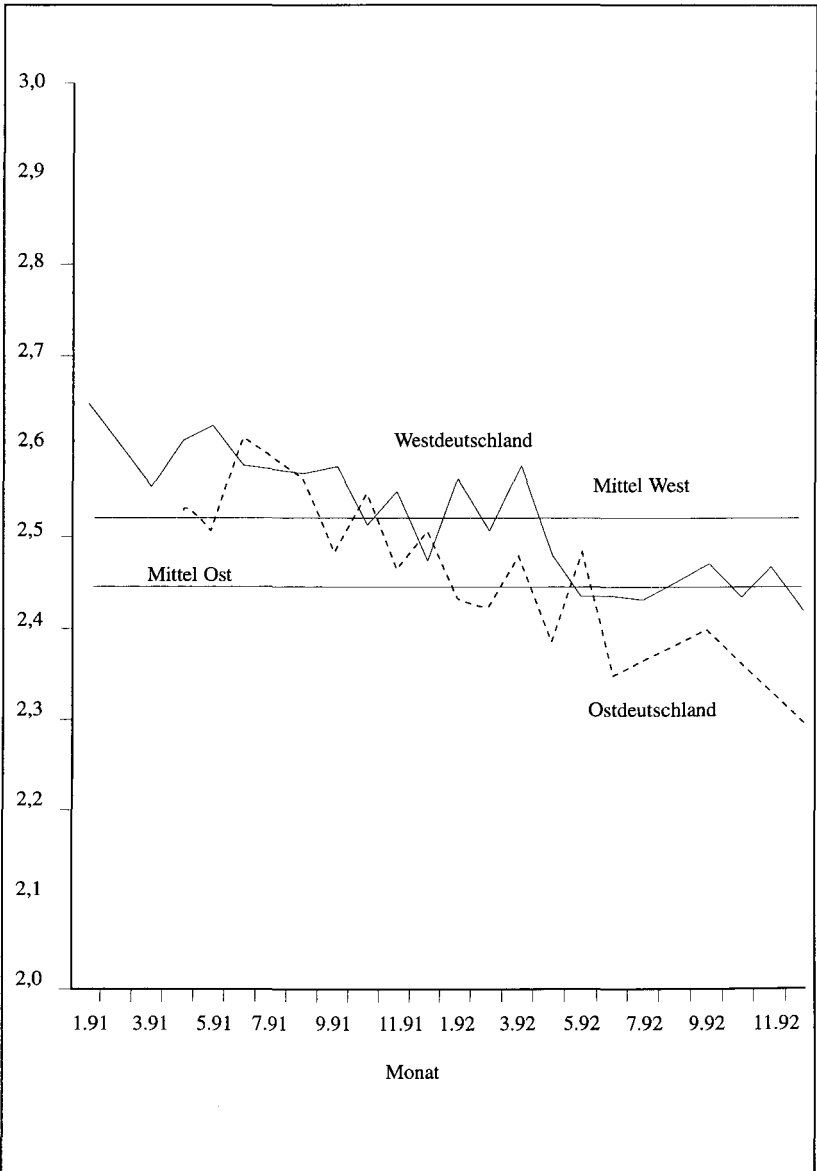


## 4. Stärke und Dauerhaftigkeit von Parteiidentifikationen

Nach der Standardfrage zur Parteiidentifikation wird ebenso standardmäßig an diejenigen, die eine Partei angegeben haben, eine Nachfrage zur Stärke der Parteineigung gestellt, wobei eine Skala mit fünf Punkten von „sehr schwach“ bis „sehr stark“ vorgegeben wird. Sowohl den Politbarometern der Jahre 1991 und 1992 (Abbildung 2) als auch unseren eigenen Wiederholungsbefragungen (Tabelle 1) läßt sich entnehmen, daß, sofern Parteiidentifikationen angegeben werden, Ost-West-Unterschiede in ihrer Stärke praktisch nicht bestehen. Im Mittel der Politbarometer liegt die Stärke angegebener Parteiidentifikationen in Westdeutschland knapp über und in Ostdeutschland knapp unter dem Skalenwert 2,5, also ziemlich genau in der Mitte zwischen den beiden Vorgaben „mittelmäßig“ und „stark“. In unseren eigenen Wiederholungsbefragungen sind die Skalenmittelwerte in allen Erhebungswellen zwischen Ost und West praktisch identisch. Die Kurvenverläufe der Politbarometer deuten auf einen leichten Rückgang der Stärke angegebener Parteiidentifikationen in beiden Landesteilen hin. Auch dies wird in unseren eigenen Panel-Studien reproduziert. In alten und neuen Ländern betrug der Skalenmittelwert in der Erhebung von 1991 2,6, in der Erhebung vom Frühjahr 1993 2,3. 1991 identifizierten sich in Westdeutschland 52 und in Ostdeutschland 48 Prozent „stark“ oder „sehr stark“, 1993 waren es im Westen 35 und in den neuen Bundesländern 38 Prozent. 1991 gaben in beiden Landesteilen rund 40 Prozent eine „mittelmäßig“ starke Identifikation an, 1993 einheitlich über 50 Prozent. Damit ist festzuhalten, daß Parteiidentifikationen seit der Vereinigung nicht nur etwas seltener, sondern die vorhandenen Parteiidentifikationen auch etwas schwächer geworden sind. Signifikante Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern lassen sich dabei bisher nicht feststellen.

Über die Frage nach der Stärke der Parteiidentifikation hinaus wurde in unseren eigenen Wiederholungsbefragungen eine weitere Nachfrage gestellt, seit wann nämlich die angegebene Identifikation besteht. Eine derartige Nachfrage sollte nach Auffassung des Verfassers in das Standardinstrument eingegliedert werden, weil sie einen ganz zentralen Aspekt des Konzepts abdeckt, daß nämlich Parteiidentifikationen im Vergleich zur aktuellen Wahlabsicht eine höhere Dauerhaftigkeit aufweisen sollten. Leider wurde jedoch diese Nachfrage in beiden Panels nicht in völlig einheitlicher Form gestellt. In der ersten Studie (1990 bis 1992) wurde vorgegeben: „seitdem ich mich erinnern kann“, „seit vielen Jahren“, „seit einigen Monaten“ und „seit ein paar Tagen oder Wochen“. Eine Vorgabe „seit ein paar Jahren“ wurde bewußt ausgelassen, um das Instrument trennschärfer zu machen. Um die Vergleichbarkeit in Westdeutschland nicht zu verlieren, wurde dieses Instrument 1991 und 1992 unverändert mitgeführt, obwohl natürlich zu erwarten gewesen wäre, daß die Angabe „seit ein paar Jahren“ sich in den neuen Bundesländern besonderer Beliebtheit erfreut hätte. In der zweiten Wiederholungsbefragung ab 1992 wurde diese Mittelkategorie dann vorgegeben. Dadurch sind die Ergebnisse unserer beiden Panel-Studien nicht direkt kommensurabel; der Versuch, durch entsprechende Codierung der Skalen die Befunde hier

Abb. 2: *Mittlere Stärke von Parteiidentifikation 1991-1992*  
(Skala: 0=sehr schwach, 1=schwach, 2=mittelmäßig, 3=stark, 4=sehr stark;  
FGW-Politbarometer)



so vergleichbar wie möglich zu machen, ist in den Anmerkungen zu Tabelle 1 beschrieben.

Die Antworten auf diese Fragen zeigen den ersten deutlichen Unterschied zwischen alten und neuen Bundesländern, was kaum überraschen kann. In Westdeutschland werden Skalenmittelwerte von knapp unterhalb 3 ermittelt, was der Antwortkategorie „seit vielen Jahren“ entspricht, also in Übereinstimmung mit dem Konzept der Parteiidentifikation als einer sehr langfristigen Einstellung ist. In den neuen Bundesländern dagegen werden Mittelwerte um den Skalenwert 2 herum beobachtet, was eine mittlere Dauer der Parteiidentifikationen „seit ein paar Jahren“ bedeutet. In der zweiten Panelstudie geben in den alten Bundesländern jeweils über zwei Drittel der Personen mit Parteiidentifikation an, daß diese mindestens seit vielen Jahren besteht, in Ostdeutschland sind es jeweils weniger als ein Viertel dieser Befragten. Daß die Identifikation nur „seit ein paar Jahren“ vorhanden ist, sagen in Westdeutschland weniger als ein Viertel der Identifizierer, in Ostdeutschland fast 60 Prozent. Die Daten zeigen aber auch, daß das „Alter“ der Identifikationen in Ostdeutschland trotz der Kürze der Untersuchungsperiode deutlich zugenommen hat, während in Westdeutschland systematische Veränderungen nicht registriert werden können. Das Fehlen der Mittelkategorie „seit ein paar Jahren“ führt sogar dazu, daß diese „Alterung“ in den neuen Bundesländern zwischen 1991 und 1992 besonders stark akzentuiert wird: 1991 gaben dort etwas über ein Drittel der Identifizierer an, ihre Parteineigung bestehe bereits mindestens seit vielen Jahren, während fast zwei Drittel antworteten, das sei höchstens seit einigen Monaten der Fall. Ein Jahr später hatte sich dies genau umgekehrt (rund 70 gegenüber etwa 30 Prozent), was natürlich mindestens ebensoviel über das subjektive Zeitempfinden der Probanden aussagt wie über das „Alter“ ihrer Parteiidentifikationen.

Während also hinsichtlich der Anteile der Identifizierer und der Stärke angegebener Identifikationen zwischen beiden Landesteilen kaum Unterschiede bestehen, sind Parteiidentifikationen in den neuen Bundesländern noch deutlich „jünger“ als in den alten Ländern. Andererseits ist jedoch die Beziehung zwischen dem „Alter“ solcher Identifikationen und ihrer Stärke wiederum völlig einheitlich, wie die entsprechenden Korrelationskoeffizienten zeigen (vorletzte Zeile der Tabelle 1). Je länger die vorliegende Parteiidentifikation in beiden Landesteilen schon besteht, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß es sich um eine stärkere Parteineigung handelt.

## 5. Parteiidentifikation, ihre Stärke und Dauerhaftigkeit nach dem Lebensalter

Verlassen wir nun die pure Deskription von Aggregatverteilungen. Bereits in der klassischen Darlegung des Konzepts der Parteiidentifikation haben Campbell et al. (1960) darauf hingewiesen, daß aufgrund lebenszyklischer Verfestigung von Parteineigungen in der Querschnittsbetrachtung der Anteil der Identifizierer mit dem Lebensalter zunehmen sollte. Im Rahmen seines „OTPS-Modells“ hat Converse (1969, 1976) dies kohortenanalytisch verfeinert und untersucht. Aufgrund des kurzen Untersuchungszeitraums müssen wir hier bei der Querschnittsbetrachtung bleiben. Tabelle 2 zeigt

hierzu eine völlige Parallelität zwischen alten und neuen Bundesländern. In allen Erhebungswellen steigt der Anteil der Parteiidentifizierer in beiden Landesteilen monoton mit dem Lebensalter an. Die Wahrscheinlichkeit, daß eine Parteiidentifikation angegeben wird, liegt in den meisten Erhebungen bei den Befragten über 50 Jahren um zehn bis fünfzehn Prozentpunkte höher als in der jüngsten Altersgruppe (18 bis 30 Jahre).

Interessant sind auch die Zusammenhänge zwischen dem Lebensalter der Befragten einerseits und der Stärke und Dauerhaftigkeit der angegebenen Parteiidentifikationen andererseits. Wiederum sind hier keinerlei deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland feststellbar. Die Korrelationen zwischen Alter und Stärke der Parteiidentifikationen (vorletzte Zeile der Tabelle 2) sind insgesamt sehr niedrig, was belegt, daß jüngere Menschen, wenn sie überhaupt Parteiidentifikationen aufweisen (was mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit der Fall ist), fast ebenso häufig starke Identifikationen haben wie ältere Bürger. Andererseits gilt aber, was genau dem OTPS-Modell entspricht, daß ältere Parteiidentifizierer häufiger als jüngere berichten, daß ihre Parteineigung schon seit längerer Zeit besteht. Dieser logisch geforderte Zusammenhang (letzte Zeile der Tabelle 2) ist zwar in Ostdeutschland in allen Erhebungswellen etwas geringer als in den alten Bundesländern, der Unterschied ist jedoch niemals signifikant. Erneut sind also die angegebenen Parteiidentifikationen in den neuen Bundesländern von denjenigen in den alten praktisch nicht unterscheidbar.

## 6. Stabilität von Parteiidentifikationen

Zwei zentrale Kriterien für die Anwendbarkeit des Konzepts der Parteiidentifikation lassen sich aus der Beziehung zwischen ihr und der Wahlabsicht ableiten. Erstens dürfen Parteiidentifikation und Wahlabsicht nicht immer identisch sein, weil sonst

Tabelle 2: Parteiidentifikation in Ost- und Westdeutschland 1990 bis 1993 nach dem Alter

Alter	Westdeutschland					Ostdeutschland			
	1990	1991	1992A	1992B	1993	1991	1992A	1992B	1993
Anteil mit Angabe einer Parteiidentifikation									
Anteil 18-30 Jahre	66,7	73,2	70,3	67,6	60,7	60,8	64,9	65,4	57,7
31-50 Jahre	77,5	78,4	78,5	69,4	62,1	76,1	69,0	65,9	63,7
über 50 Jahre	83,8	86,7	83,8	71,7	72,5	76,4	76,2	69,9	73,8
insgesamt	75,5	79,6	78,5	69,9	65,9	72,6	71,1	67,6	67,3
Korrelation zwischen Lebensalter und Stärke der Parteiidentifikation	0,12	0,11	0,13	0,10	0,06	0,02	0,01	0,08	0,10
Korrelation zwischen Lebensalter und Dauer der Parteiidentifikation	0,28	0,24	0,23	0,36	0,30	0,17	0,19	0,27	0,19
Signifikanzniveaus für Ost-West Differenz: a: $p < 0,05$ , b: $p < 0,01$ , c: $p < 0,001$									

einer der beiden Begriffe überflüssig wäre. Dies ist jedoch ein relativ schwaches Kriterium, weil es empirisch fast immer erfüllt ist und nur Querschnittsbeobachtungen verlangt (s. hierzu Abschnitt 7). Wesentlich härter ist die zweite Forderung, daß nämlich die zeitliche Stabilität der Parteiidentifikation als einer längerfristigen Orientierung gegenüber einer Partei höher sein sollte als diejenige der Wahlabsicht. Die Überprüfung der relativen individuellen Stabilität setzt notwendigerweise Wiederholungsbefragungen voraus (was der zentrale Grund für die Auswahl der in diesem Beitrag ausgewerteten Daten ist).

Ein erster Hinweis auf die relative Stabilität der Parteiidentifikationen in beiden Landesteilen läßt sich natürlich auch schon den aggregierten Politbarometer-Daten entnehmen. Für die Monate von April 1991 (als die Standardfrage nach der Parteiidentifikation in den neuen Bundesländern zum ersten Mal gestellt wurde) bis Dezember 1992 beträgt die Standardabweichung der monatlichen Anteile der Identifizierer in Westdeutschland 2,2, in Ostdeutschland 4,4. Die mittlere absolute Veränderung des Identifiziereranteils gegenüber dem Vormonat beträgt 2,1 Prozentpunkte in Westdeutschland und 2,6 in Ostdeutschland. Aufgrund dieser Aggregatbeobachtung kann eine etwas höhere Volatilität der Parteiidentifikationen in Ostdeutschland vermutet werden.

Tabelle 3 enthält hierzu auf der Basis unserer Wiederholungsbefragungen eine Reihe von detaillierten Befunden. Zunächst betrachten wir die Anteile derjenigen Befragten mit einer Parteiidentifikation bzw. Wahlabsicht in der ersten Erhebung, die auch ein Jahr später dazu eine Angabe bzw. immer noch *dieselbe* Angabe machen (erste beiden Blöcke der Tabelle 3). Dabei zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern nur beim Vergleich der Befragungen von 1991 und 1992 und nur beim Anteil *gleicher* Angaben zu Parteiidentifikation und Wahlabsicht in beiden Wellen, nicht jedoch in den Anteilen derjenigen, die überhaupt Angaben auf diese Fragen machen. Während in den alten Bundesländern von denjenigen mit einer Parteiidentifikation in 1991 ein Jahr später 74 Prozent *dieselbe* Identifikation nannten und von denjenigen mit einer Wahlabsicht in 1991 ein Jahr später 73 Prozent die *gleiche* Wahlabsicht angaben, waren es in Ostdeutschland 58 bzw. 63 Prozent. Diese Differenz in den neuen Ländern ist zwar nicht übermäßig hoch, aber sie besteht in der *falschen* Richtung, daß nämlich eine Wahlabsicht für eine bestimmte Partei häufiger beibehalten wird als eine Identifikation mit einer bestimmten Partei.

Dieser Befund kann so jedoch nicht stehenbleiben, weil die Vergleichsbasis noch nicht stimmt. Der häufigste Fall von Wechsel der Parteiidentifikation oder der Wahlabsicht zwischen Panel-Wellen ist bekanntlich der Übergang aus und in Residualkategorien (keine Angabe, weiß nicht, keine Identifikation, werde nicht wählen usw.). Deshalb sollte man in die Stabilitätsuntersuchung nur diejenigen einbeziehen, die in beiden Befragungswellen Parteiidentifikationen bzw. Wahlabsichten aufweisen. Dies wird in den nächsten beiden Blöcken der Tabelle 3 vollzogen. Dabei zeigt sich, daß Parteiidentifikationen in den neuen Bundesländern zwischen 1991 und 1992 zwar noch weniger stabil waren als in Westdeutschland, daß dies zwischen 1992 und 1993 jedoch nicht mehr der Fall war. Im Gegensatz dazu wird für die Wahlabsichten in den neuen Bundesländern durchgängig eine niedrigere individuelle Stabilität ermittelt als in den alten Ländern. Nach wie vor fallen die Parteiidentifikationen in Ostdeutschland

Tabelle 3: Stabilität von Parteidentifikation und Wahlabsicht in Ost- und Westdeutschland 1991 bis 1993

	Westdeutschland 1991/92 1992/93		Ostdeutschland 1991/92 1992/93	
% derjenigen mit PID in $t_1$ , die auch in $t_2$ eine angeben	85,8	75,1	80,5	78,6
% derjenigen mit PID in $t_1$ , die in $t_2$ gleiche PID angeben	74,1 <sup>c</sup>	60,3	58,1	66,0
N	486	494	246	514
% derjenigen mit Wahlabsicht in $t_1$ , die auch in $t_2$ eine angeben	91,5	78,3	88,0	79,8
% derjenigen mit Wahlabsicht in $t_1$ , die in $t_2$ gleiche Wahlabsicht angeben	72,7 <sup>b</sup>	53,2	63,3	47,4
N	528	502	275	529
% derjenigen mit PID in $t_1$ und $t_2$ , bei denen PID stabil ist	86,3 <sup>c</sup>	80,3	72,2	83,9
N	417	371	198	404
% derjenigen mit Wahlabsicht in $t_1$ und $t_2$ , bei denen Wahlabsicht stabil ist	79,5 <sup>a</sup>	67,4 <sup>b</sup>	71,9	58,5
N	483	393	242	422
% derjenigen mit PID und Wahlabsicht in $t_1$ und $t_2$ , bei denen:				
PID stabil	87,2 <sup>b</sup>	81,1	76,0	86,1
Wahlabsicht stabil	84,5	73,0 <sup>a</sup>	79,6	61,1
PID und Wahlabsicht stabil	81,9 <sup>b</sup>	69,3 <sup>b</sup>	70,1	56,8
N	375	296	167	324
% derjenigen mit PID und Wahlabsicht in $t_1$ und $t_2$ und mit schwacher oder kurzfristiger PID in $t_1$ , bei denen:				
PID stabil	84,9 <sup>c</sup>	76,6 <sup>a</sup>	68,4	84,8
Wahlabsicht stabil	81,0	66,9	72,8	60,2
N	179	184	114	269
% derjenigen mit PID und Wahlabsicht in $t_1$ und $t_2$ und mit starker und langdauernder PID in $t_1$ , bei denen:				
PID stabil	89,3	88,4	92,5	92,7
Wahlabsicht stabil	87,8	83,0 <sup>c</sup>	94,3	65,5
N	196	112	53	55
Korrelation zwischen Stärke der Partei- identifikation in $t_1$ und $t_2$ bei Befragten mit stabiler PID	0,48 <sup>a</sup>	0,38	0,36	0,42
Korrelation zwischen Dauer der Partei- identifikation in $t_1$ und $t_2$ bei Befragten mit stabiler PID	0,45	0,48	0,41	0,51
Signifikanzniveau für Ost-West Differenz: a: $p < 0,05$ , b: $p < 0,01$ , c: $p < 0,001$				

zwischen 1991 und 1992 aus dem Rahmen. In drei der vier Spalten der Tabelle 3 sind die Stabilitätsanteile im dritten Block (Parteiidentifikation) deutlich höher als im vierten Block (Wahlabsichten). Mit 72 Prozent sind die Anteile der stabilen Antworten in Ostdeutschland zwischen 1991 und 1992 bei beiden Fragen jedoch praktisch identisch.

Immer noch ist jedoch die Vergleichsbasis nicht völlig einheitlich, denn die Mengen der Personen mit Parteiidentifikationen bzw. konkreten Wahlabsichten in beiden Erhebungszeitpunkten sind nicht notwendigerweise völlig identisch. Deshalb sind Stabilitätsanteile eigentlich genau nur bei denjenigen Befragten vergleichbar, die in jeweils beiden Erhebungszeitpunkten sowohl eine Parteiidentifikation wie auch eine konkrete Wahlabsicht angeben (fünfter Block der Tabelle 3). Dabei bleibt jedoch der beschriebene „abnormale“ Befund der beiden Erhebungswellen von 1991 und 1992 in den neuen Bundesländern bestehen: Die Wahlabsichten sind nicht weniger stabil als die Parteiidentifikationen, sondern eher *stabiler*. Beim Vergleich von 1992 und 1993 ist dies aber auch in Ostdeutschland nicht mehr der Fall. Vielmehr zeigt sich, daß im Vergleich der beiden Wiederholungsbefragungen in Ostdeutschland die Stabilität der Parteiidentifikationen eher zugenommen hat (von 76 auf 86 Prozent), während diejenige der Wahlabsichten deutlich zurückgegangen ist (von 80 auf 61 Prozent). In Westdeutschland dagegen hat die Stabilität *beider* Konzepte abgenommen (von 87 auf 81 bzw. von 85 auf 73 Prozent).

Damit entspricht die relative Stabilität der beiden Konzepte in den neuen Bundesländern in unserer zweiten Wiederholungsbefragung den theoretischen Forderungen, während das innerhalb der ersten eineinhalb Jahre nach der Vereinigung noch nicht der Fall war. Ebenfalls in Übereinstimmung mit der Theorie ist die Zunahme der Stabilität der Parteibindungen in Ostdeutschland von der ersten zur zweiten Wiederholungsbefragung, denn insgesamt haben die dortigen Parteiidentifikationen ja inzwischen eine höhere Chance, schon seit längerer Zeit zu bestehen, was im vorletzten Abschnitt auch empirisch belegt werden konnte. „Ältere“ Parteiidentifikationen sollten aber auch stabiler sein. Insofern ist die in unserer ersten Wiederholungsbefragung festgestellte „Anomalie“ in der relativen Stabilität von ostdeutschen Parteiidentifikationen und Wahlabsichten kein definitives Gegenargument gegen die Übertragbarkeit des Konzepts der Parteiidentifikation auf die neuen Bundesländer. Schließlich erfolgte die erste Erhebung gerade etwas mehr als ein halbes Jahr nach der Herstellung der deutschen Einheit.

Überdies können wir feststellen, daß diese „Anomalie“ in den neuen Bundesländern eher bei solchen Befragten auftritt, die nur schwache und/oder „jüngere“ Parteiidentifikationen berichten, während sie bei denjenigen mit mindestens starker *und* mindestens seit vielen Jahren bestehender Identifikation deutlich schwächer ist (sechster und siebter Block der Tabelle 3). Damit überwiegen in der Summe auch hinsichtlich der individuellen Stabilität der berichteten Parteiidentifikationen die Ähnlichkeiten zwischen Ost- und Westdeutschland die Unterschiede. Inzwischen sind Parteiidentifikationen in den neuen Bundesländern nicht nur ebenso häufig und ebenso stark wie in den alten, sondern auch mindestens ebenso stabil. Übereinstimmende Befunde in beiden Landesteilen erhält man schließlich auch hinsichtlich der Stabilität der Angaben zu Stärke und Dauerhaftigkeit der Identifikationen (letzte beiden Zeilen der

Tabelle 3). Bei den Befragten mit stabilen Parteiidentifikationen korrelieren die Antworten in zwei aufeinanderfolgenden Erhebungszeitpunkten zur Stärke der Identifikation mit rund 0,4 und zu ihrer bereits bestehenden Dauer mit rund 0,45. Waren die Korrelationen in den ersten Wiederholungsbefragungen in den alten Bundesländern noch etwas höher als in den neuen, besteht beim Vergleich zwischen 1992 und 1993 praktisch überhaupt kein Unterschied zwischen den beiden Landesteilen mehr.

## 7. Prägung der Wahlabsicht durch die Parteiidentifikation

Bis hierher haben wir ausschließlich Verteilungen der Parteiidentifikation, ihrer Stärke und Dauerhaftigkeit sowie ihre Stabilität im Ost-West-Vergleich dargestellt. In diesem und in den folgenden Abschnitten wird nun auf den Zusammenhang zwischen Parteiidentifikationen und anderen politischen Einstellungen sowie politischen Verhaltensorientierungen eingegangen. Man kann hier von einem Beitrag zur „Konstruktvalidierung“ sprechen (Falter, 1977), denn eine solche besteht ja genau in der Prüfung, ob ein theoretisches Konzept zu anderen Konzepten empirisch diejenigen Beziehungen aufweist, die sich aus der Theorie ergeben, in deren Rahmen das Konstrukt entwickelt wurde. Wir beginnen hier mit dem Zusammenhang zwischen Parteiidentifikation und Wahlabsichten.

Aus Tabelle 4 geht zunächst hervor, daß weder in den alten noch in den neuen Bundesländern Parteiidentifikation und Wahlabsicht deckungsgleich sind, was weiter oben als ein triviales Kriterium für die Anwendbarkeit des Konzepts genannt wurde. Andererseits ist aber zu beobachten, daß erwartungsgemäß deutliche Zusammenhänge zwischen Parteiidentifikationen und Wahlabsichten bestehen, was entsprechend dem sozialpsychologischen Modell der Wahlentscheidung als Prägung der aktuellen

Tabelle 4: „Haltequoten“ der Parteiidentifikation (Anteil derjenigen mit Parteiidentifikation, bei denen die Wahlabsicht damit übereinstimmt)

	Westdeutschland					Ostdeutschland			
	1990	1991	1992A	1992B	1993	1991	1992A	1992B	1993
insgesamt	89,3	89,1	87,5	76,5	71,1	78,2	79,2	75,2	57,8
mit starker oder sehr starker Parteiidentifikation	91,7	93,0	92,5	85,6	85,6	86,2	80,5	89,3	62,8
Abstand vom Mittelwert bei starker oder sehr starker Parteiidentifikation	2,4	3,9	5,0	9,1	14,5	8,0	1,3	14,1	5,0
Parteiidentifikation mindestens „seit vielen Jahren“	89,6	90,1	87,9	77,2	79,0	83,7	80,6	81,8	61,5
Abstand vom Mittelwert bei Parteiidentifikation mindestens „seit vielen Jahren“	0,3	1,0	0,4	0,7	7,9	5,5	1,4	6,6	3,7



Wahlabsichten durch die längerfristig stabilen Parteieigungen zu interpretieren ist. Im Mittel aller Erhebungen unserer beiden Panels beträgt die „Haltequote“ (also der Anteil derjenigen mit einer Parteiidentifikation, die damit in Übereinstimmung eine Wahlabsicht bekunden) in Westdeutschland knapp 83 und in Ostdeutschland knapp 73 Prozent. In beiden Landesteilen ist von Erhebung zu Erhebung ein fast monotoner Rückgang dieser Haltequote zu beobachten; besonders stark ist die Abnahme in Ostdeutschland von 1992 nach 1993 (von 75 auf 58 Prozent). In beiden Landesteilen zeigt sich ferner, daß die Haltequote starker oder sehr starker Parteiidentifikationen durchgängig höher ist als diejenige schwächerer Identifikationen. Ebenso gilt in Ost- wie Westdeutschland, daß „ältere“ Parteiidentifikationen eher in damit übereinstimmende aktuelle Parteipräferenzen umgesetzt werden als „jüngere“, wobei dies in den neuen Bundesländern ausgeprägter ist als in den alten.

Mit der Datenbasis unserer Wiederholungsbefragungen können wir nicht nur im Querschnitt die Prägekraft der Parteiidentifikation auf die Wahlabsicht darstellen, sondern wir können auch im Längsschnitt auf individueller Ebene untersuchen, inwiefern stabile Parteiidentifikationen zur Stabilisierung der Wahlabsichten beitragen. In Tabelle 5 ist dies für die Befragten mit Angabe sowohl einer Parteiidentifikation und einer Wahlabsicht in jeweils beiden Erhebungszeitpunkten und mit stabiler Parteiidentifikation zusammengestellt. Im oberen Teil der Tabelle ist der Anteil derjenigen aufgeführt, deren Wahlabsicht in der zweiten Erhebung mit der Parteiidentifikation übereinstimmt. Dabei darf in der ersten Erhebung eine von der Parteiidentifikation abweichende Wahlabsicht angegeben worden sein. Im unteren Teil der Tabelle ist der Anteil derjenigen wiedergegeben, deren Wahlabsicht in beiden Erhebungen mit der

Tabelle 5: Prägung und Stabilisierung der Wahlabsicht durch stabile Parteiidentifikation

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1991/92	1992/93	1991/92	1992/93
% derjenigen mit PID und Wahlabsicht in $t_1$ und $t_2$ und mit stabiler PID, bei denen Wahlabsicht in $t_2$ gleich PID: gesamt	97,9	88,3 <sup>c</sup>	95,4	65,2
PID in $t_1$ schwach oder kurzfristig	98,7 <sup>a</sup>	84,4 <sup>c</sup>	93,8	64,9
PID in $t_1$ stark und langdauernd	97,1	93,9 <sup>c</sup>	98,0	66,7
% derjenigen mit PID und Wahlabsicht in $t_1$ und $t_2$ und mit stabiler PID, bei denen auch Wahlabsicht stabil und gleich PID: gesamt	93,6	83,8 <sup>c</sup>	91,5	63,4
PID in $t_1$ schwach oder kurzfristig	92,1	80,9 <sup>c</sup>	87,5	62,7
PID in $t_1$ stark und langdauernd	94,9	87,9 <sup>b</sup>	98,0	66,7
Signifikanzniveaus für Ost-West Differenz: a: $p < 0,05$ , b: $p < 0,01$ , c: $p < 0,001$				

Parteiidentifikation übereinstimmt. Aus logischen Gründen müssen deshalb die Werte im unteren Teil der Tabelle kleiner oder gleich denjenigen im oberen Teil sein. Fallen sie auseinander, dann gibt die Differenz den Anteil derjenigen an, die bei stabiler Parteiidentifikation in der ersten Erhebung eine abweichende und in der zweiten Befragung eine parallele Wahlabsicht hatten. Ferner werden in Tabelle 5 die Gesamtbefunde zwischen den Befragten mit starken und bereits seit längerer Zeit bestehenden Parteiidentifikationen und dem Rest der Stichproben differenziert.

Diese Ergebnisse zeigen zweierlei: Zum ersten sind die Haltequoten stabiler Parteiidentifikationen deutlich höher als die in Tabelle 4 dargestellten Haltequoten im Querschnitt. In der ersten Wiederholungsbefragung wollten von den Personen mit stabilen Parteiidentifikationen bei der Erhebung 1992 mindestens 94 Prozent (bei schwacher oder „jüngerer“ Parteineigung in Ostdeutschland) in Übereinstimmung mit der Parteiidentifikation wählen, mindestens 88 Prozent (in derselben Gruppe) hatten auch eine stabile und mit der Parteiidentifikation übereinstimmende Wahlabsicht. Der einzige signifikante Unterschied zwischen beiden Landesteilen muß in der ersten Wiederholungsbefragung bei den Befragten mit schwacher oder „jüngerer“ Parteiidentifikation festgestellt werden. Hier liegt der Anteil der ostdeutschen Probanden mit stabiler Parteiidentifikation, die in der zweiten Erhebung damit übereinstimmend wählen wollten, mit „nur“ knapp 94 Prozent um rund fünf Prozentpunkte unter dem westdeutschen Wert.

Zum zweiten hat die Prägung und Stabilisierung von Wahlabsichten durch stabile Parteiidentifikationen von der ersten zur zweiten Wiederholungsbefragung erheblich abgenommen - und zwar in Ostdeutschland nochmals deutlich stärker als in Westdeutschland, so daß hier alle Ost-West-Differenzen statistisch signifikant sind. Zwar gilt auch in unserer zweiten Panel-Studie, daß die Prägung und Stabilisierung der Wahlabsichten durch stabile Parteiidentifikationen bei starken und schon lange bestehenden Identifikationen stärker ausfällt, aber dieser Befund verblaßt gegenüber dem Rückgang in der Prägekraft der Parteiidentifikationen in der neueren Panel-Studie gegenüber der älteren. In den alten Bundesländern beträgt diese Abnahme im oberen wie im unteren Teil der Tabelle 5 jeweils rund zehn Prozentpunkte, wobei sie - entsprechend der Theorie - bei starken und schon seit längerem bestehenden Identifikationen deutlich milder ausfällt. In den neuen Bundesländern dagegen liegt dieser Rückgang im Anteil stabiler bzw. im zweiten Erhebungszeitpunkt mit der Parteiidentifikation übereinstimmender Wahlabsichten bei Befragten mit stabilen Parteiidentifikationen in einer Größenordnung von rund 30 Prozentpunkten. Starke und „ältere“ Parteibindungen sind davon nicht etwa unterdurchschnittlich betroffen, sondern eher überdurchschnittlich.

Damit wird durch Tabelle 5 der bereits in Tabelle 3 beschriebene gegenläufige Befund bestätigt und weiter aufgehellert: Vergleicht man 1992/93 mit 1991/92, dann sind in den neuen Bundesländern zwar die Parteiidentifikationen stabiler geworden, die Wahlabsichten jedoch gleichzeitig deutlich instabiler - und zwar auch bei Befragten, die starke und seit längerem vorhandene Parteineigungen angeben. Dies ist logischerweise nur dann möglich, wenn die Präge- und Stabilisierungskraft der Parteiidentifikation gegenüber der Wahlabsicht erheblich abgenommen hat. Genau dieser Befund ergibt sich mit großer Deutlichkeit in Tabelle 5. Daraus folgt nicht, daß das Konzept der Parteiidentifikation in den neuen Bundesländern (noch) nicht angewandt werden kann.

Wohl aber herrscht im Bereich der Wahlabsichten dort noch ein erhebliches Ausmaß an Unsicherheit, und es finden Umschichtungs- und Umorientierungsprozesse statt, die natürlich im weiteren Verlauf per „Wahlerfahrung“ durchaus auch Rückwirkungen auf die bereits vorhandenen Parteiidentifikationen haben können.

## 8. Parteiidentifikation und Wahlbeteiligung

Für Parteiidentifizierer geht es bei Wahlen im Zweifelsfall um mehr als für Nicht-Identifizierer, nämlich um das Abschneiden ihrer Partei, also um Sieg oder Niederlage, um das Gewicht in einer Koalition usw. *Ceteris paribus* ist deshalb zu erwarten, daß die Wahlbeteiligung von Parteiidentifizierern deutlich über derjenigen von Nicht-Identifizierern liegen sollte. Dabei stellt sich natürlich das Problem, daß die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung in Umfragen relativ schwer zu erheben ist. Be-

Tabelle 6: Parteiidentifikation und Wahlbeteiligung

	Westdeutschland					Ostdeutschland			
	1990	1991	1992A	1992B	1993	1991	1992A	1992B	1993
Anteile mit Angabe einer konkreten Wahlabsicht mit Parteiidentifikation	97,2	94,7	92,4	86,1	85,5	91,4	89,6	85,4	83,7
ohne Parteiidentifikation	64,4	65,8	66,9	38,1	37,1	54,2	63,8	35,2	30,2
Differenz	32,8	28,9	25,5	48,0	48,4	37,2	25,8	50,2	53,5
Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung <sup>a</sup> mit Parteiidentifikation	-	-	-	0,83	0,83	-	-	0,81	0,83
ohne Parteiidentifikation	-	-	-	0,65	0,54	-	-	0,49	0,48
Differenz	-	-	-	0,18	0,29	-	-	0,32	0,35
Korrelation zwischen Stärke der Parteiidentifikation und Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung	-	-	-	0,20	0,29	-	-	0,18	0,33
Zustimmung zur Wahlbeteiligungsnorm <sup>b</sup> mit Parteiidentifikation	-	-	-	0,58	0,61	-	-	0,30	0,38
ohne Parteiidentifikation	-	-	-	0,30	0,22	-	-	-0,02	0,06
Differenz	-	-	-	0,28	0,39	-	-	0,32	0,32
Korrelation zwischen Stärke der Parteiidentifikation und Zustimmung zur Wahlbeteiligungsnorm	-	-	-	0,10	0,25	-	-	0,06	0,16

a: Skala mit fünf Skalenwerten von 0 (=“bestimmt nicht“) bis 1 (=“bestimmt“)  
b: Skala mit fünf Skalenwerten von -1 (=“stimme überhaupt nicht zu“) bis +1 (=“stimme völlig zu“); Vorgabe: „In der Demokratie ist es Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an den Wahlen zu beteiligen.“  
-: nicht erhoben

kanntlich liegen die Anteile derjenigen, die bei Befragungen angeben, sie würden nicht zur Wahl gehen, deutlich unterhalb der bei Wahlen tatsächlich realisierten Nichtwähleranteile, wofür vor allem einerseits tatsächliche Unsicherheit über das eigene Verhalten am Wahltag und andererseits die möglicherweise empfundene soziale Erwünschtheit der Wahlteilnahme verantwortlich sind.

In Tabelle 6 verwenden wir drei verschiedene Indikatoren für die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung, von denen die beiden letzteren nur in der zweiten unserer Wiederholungsbefragungen verfügbar sind. Im ersten Block dieser Tabelle sind die Anteile der Angaben einer konkreten Wahlabsicht auf die „Sonntagsfrage“ (also einer bestimmten Partei) für Identifizierer und Nicht-Identifizierer wiedergegeben; die komplementäre Kategorie besteht aus allen sonstigen Angaben wie „werde nicht wählen“, „weiß nicht“ oder Verweigerung. Die Unterschiede zwischen Identifizierern und Nicht-Identifizierern liegen in der erwarteten Richtung und weisen eine geradezu dramatische Größenordnung auf. Der Abstand in der Angabe konkreter Wahlabsichten beträgt in der ersten Panel-Studie zwischen 26 und 37 Prozent, in der zweiten rund 50 Prozent, wobei er in den neuen Bundesländern stets mindestens ebenso groß ist wie in den alten.

In unserer zweiten Wiederholungsbefragung wurde die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären, mit einer Skala mit fünf Punkten erfragt („bestimmt nicht“, „wahrscheinlich nicht“, „vielleicht“, „wahrscheinlich“, „bestimmt“). Wiederum ist der Abstand zwischen Parteiidentifizierern und Nicht-Identifizierern sehr deutlich ausgeprägt und in den neuen Bundesländern größer als in den alten. Während Identifizierer in beiden Landesteilen eine völlig einheitliche und sehr hohe Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung angeben (im Mittel über dem Skalenwert für „wahrscheinlich“), ist die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme bei den ostdeutschen Nicht-Identifizierern (mit einem Mittelwert etwas unterhalb der Skalenkategorie „vielleicht“) deutlich niedriger als bei den westdeutschen. Wie die Korrelationen im dritten Block der Tabelle 6 zeigen, haben innerhalb der Parteiidentifizierer die Personen mit stärkeren Identifikationen nochmals eine höhere Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung - und zwar gleichförmig in beiden Landesteilen.

Darüber hinaus wurde in unserem zweiten Panel auch nach der Akzeptanz der demokratischen Wahlnorm gefragt. Die Zustimmung zu der Aussage „In der Demokratie ist es Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an den Wahlen zu beteiligen“ liegt in den alten Bundesländern wesentlich höher als in den neuen, in beiden Landesteilen ist sie aber bei Parteiidentifizierern in etwa gleichem Umfang stärker als bei Nicht-Identifizierern. An der Spitze der Zustimmung stehen Identifizierer in Westdeutschland, die im Mittel deutlich oberhalb des Skalenpunktes „stimme zu“ liegen. Es folgen Parteiidentifizierer in den neuen Bundesländern und mit recht ähnlichen Werten die Nicht-Identifizierer in Westdeutschland (im Mittel erheblich unterhalb des Skalenwertes für „stimme zu“). Das Schlußlicht bilden die Nicht-Identifizierer in den neuen Bundesländern, die im Mittel zu dieser Aussage eine indifferente Position einnehmen (weder Zustimmung noch Ablehnung). Innerhalb der Parteiidentifizierer korreliert auch die Zustimmung zur Wahlbeteiligungsnorm mit der Stärke der Identifikation, allerdings sind diese Korrelationen geringer als mit der Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung, vor allem in den neuen Bundesländern (letzte Zeile der Tabelle 6).

## 9. Parteiidentifikation und Parteisympathie

Für den Zusammenhang zwischen Parteiidentifikation und aktueller Sympathieeinstufung der verschiedenen Parteien ist die Erwartung ebenso eindeutig wie bei der Wahlbeteiligung: Parteiidentifizierern sollte „ihre“ Partei deutlich sympathischer sein als die konkurrierenden Parteien, ferner sollten positive Urteile über die „eigene“ Partei mit der Stärke der Identifikation nochmals zunehmen. In Tabelle 7 beschränken wir uns bei der Darstellung der Sympathie für die „eigene“ Partei und die „Konkurrenz“ auf Identifizierer der Unionsparteien und der SPD. Hierfür sind einerseits Platzgründe ausschlaggebend, denn bei Aufnahme zusätzlich der Identifizierer der FDP, der Grünen, der Republikaner und der PDS müßten 36 statt vier Zeilen in der Tabelle enthalten sein, was auch nicht zur Übersichtlichkeit beigetragen hätte. Andererseits sind die Zahlen der Identifizierer der kleineren Parteien in den einzelnen Datensätzen zum Teil so gering, daß die Wiedergabe mittlerer Parteisympathiewerte aufgrund solcher Fallzahlen kaum ratsam ist.

Die Sympathiewerte, welche die Identifizierer der Unionsparteien und der Sozialdemokraten in Ost- und Westdeutschland auf den Sympathieskalometern (mit 11 Punkten) an die „eigene“ und die „Anti-Partei“ vergeben, sprechen eine deutliche Sprache: Die Identifikationspartei wird erwartungsgemäß in der Regel mit hohen bis sehr hohen Sympathiewerten bedacht, die „Anti-Partei“ mit niedrigen bis sehr niedrigen. Dieser Befund ist im Ost-West-Vergleich und zwischen Unions- und SPD-Identifizierern in

Tabelle 7: Parteiidentifikation und Sympathiebewertung der Parteien

	Westdeutschland					Ostdeutschland			
	1990	1991	1992A	1992B	1993	1991	1992A	1992B	1993
Mittlere Bewertung der CDU/CSU durch CDU/CSU-Identifizierer	0,77	0,65	0,60	0,58	0,45	0,73	0,73	0,63	0,54
SPD durch CDU/CSU-Identifizierer	-0,08	-0,07	-0,12	-0,08	-0,03	0,16	0,19	0,15	0,19
SPD durch SPD-Identifizierer	-0,28	-0,37	-0,31	-0,41	-0,41	-0,26	-0,19	-0,25	-0,29
SPD durch SPD-Identifizierer	0,73	0,66	0,59	0,50	0,43	0,69	0,66	0,57	0,51
Korrelation zwischen Stärke der Parteiidentifikation und Sympathiebewertung „ihrer“ Partei bei									
CDU/CSU-Identifizierern	0,32	0,44	0,40	0,50	0,35	0,30	0,40	0,41	0,32
SPD-Identifizierern	0,32	0,36	0,40	0,37	0,42	0,28	0,45	0,29	0,39
FDP-Identifizierern	0,09	0,26	0,38	0,39	0,60	0,38	0,43	0,50	0,44
Grüne-Identifizierern	0,26	0,24	0,36	0,39	0,38	0,20	0,25	0,26	0,63
Die Sympathieskalometer mit elf Skalenwerten wurden umtransformiert auf einen Wertebereich von -1 („halte überhaupt nichts von der Partei“) bis +1 („halte sehr viel von der Partei“).									

sehr interessanter Weise differenzierbar. In beiden Landesteilen sind erstens die Sympathien der Unions-Identifizierer deutlich weniger polarisiert als diejenigen der SPD-Identifizierer. Das liegt nicht daran, daß SPD-Identifizierer mehr Sympathie für ihre „eigene“ Partei aufbringen als Unions-Identifizierer - eher das Gegenteil ist der Fall. Vielmehr haben SPD-Identifizierer in Ost und West ein sehr viel negativeres Bild der Union als es Unions-Identifizierer von der SPD haben. In Ostdeutschland befinden sich die Sympathieskalometerwerte der SPD bei CDU-Identifizierern sogar durchgängig im *positiven* Bereich!

Zweitens ist die Polarisierung zwischen den Sympathien für die „eigene“ und die „Anti-Partei“ in den neuen Bundesländern stets geringer als in den alten. Ursache hierfür ist nicht, daß in Ostdeutschland die Identifikationspartei unsympathischer wäre als in Westdeutschland - wieder trifft eher das Gegenteil zu. Dies wird jedoch dadurch kompensiert, daß in den neuen Bundesländern die jeweilige „Anti-Partei“ als erheblich weniger unsympathisch eingestuft wird als in Westdeutschland. Vor allem gilt dies, wie bereits erwähnt, für die Bewertung der SPD durch ostdeutsche CDU-Identifizierer. Die polarisiertesten Einstellungen zu den beiden großen Parteien haben demnach SPD-Identifizierer in Westdeutschland, gefolgt von solchen in Ostdeutschland. Noch geringer ist die Polarisierung bei den Unions-Identifizierern in Westdeutschland und am niedrigsten ist sie bei den Unionsanhängern in den neuen Bundesländern.

Drittens hat die Polarisierung der Sympathieeinschätzungen der beiden großen Volksparteien durch ihre Identifizierer von 1991 nach 1993 abgenommen. Während die Sympathien für die jeweilige „Anti-Partei“ in beiden Landesteilen und bei Unions- und SPD-Identifizierern jeweils etwa konstant geblieben sind, hat die Sympathie für die „eigene“ Partei überall deutlich nachgelassen (s. hierzu auch Rattinger, 1993a). Zieht man im oberen Block der Tabelle 7 von der Sympathieeinstufung der Identifikationspartei diejenige der „Anti-Partei“ ab, läßt sich dies leicht illustrieren. Den höchsten Wert weisen mit 1,03 (bei einem theoretischen Maximum von 2) die westdeutschen SPD-Identifizierer im Jahre 1991 auf. Verglichen damit sind die ostdeutschen Unions-Identifizierer des Jahres 1993 mit einem Sympathievorsprung der Union vor der SPD von nur noch 0,35 von „Äquidistanz“ zu den beiden Volksparteien nicht mehr sehr weit entfernt. Dieser Befund unterstreicht die oben berichtete Abnahme der Prägekraft der Parteiidentifikation für Wahlabsichten in den neuen Bundesländern.

Der untere Teil der Tabelle 7 zeigt schließlich, daß die Sympathie für die Identifikationspartei und die Stärke der Parteiidentifikation systematisch und positiv miteinander zusammenhängen. Am stärksten ist das bei den Unionsanhängern in Westdeutschland und den SDP-Identifizierern in beiden Landesteilen der Fall. Insgesamt jedoch sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Identifizierergruppen und alten und neuen Bundesländern unauffällig. Das Gesamtmittel all dieser Korrelationskoeffizienten von 1991 bis 1993 liegt bei knapp unter 0,4, was signalisiert, daß starke Identifizierer völlig einheitlich wesentlich höhere Sympathie für ihre Identifikationspartei zum Ausdruck bringen als schwächere Parteigänger.

## 10. Parteiidentifikation und Einstellungen zu Sachfragen und Politikern

In diesem abschließenden Abschnitt vergleichen wir die Zusammenhänge zwischen Parteiidentifikationen und Einstellungen zu politischen Sachthemen und Politikern in alten und neuen Bundesländern in analoger Vorgehensweise zum vorherigen Abschnitt. Bei den Bewertungen von Politikern greifen wir wiederum auf Sympathieskalometer (mit elf Skalenwerten) zurück. Bei den Sachfragen unterscheiden wir zwischen der Problemlösungskompetenz (bei Valenzsachfragen) und Issuedistanzen zu den einzelnen Parteien (bei Positionssachfragen; zu dieser Unterscheidung s. Butler 1971; Carmines, 1980). Während wir im Abschnitt über Wahlbeteiligung vor allem auf die neuere unserer beiden Panel-Studien zurückgreifen konnten, beschränken wir uns hier auf die ältere, weil in der neueren (entsprechend ihrer Thematik) weder Sympathien gegenüber mehreren bundesdeutschen Politikern noch wahrgenommene Problemlösungskompetenzen der einzelnen Parteien erhoben wurden.

Auch in unserer früheren Wiederholungsbefragung wurden die Urteile der Befragten über die Problemlösungskompetenz der Parteien nur 1991 in beiden Landesteilen erhoben, so daß wir hier nur in einem Querschnitt vergleichen können. Dieser Vergleich ergibt einen völlig einheitlichen Befund für alte und neue Bundesländer. Die jeweilige Identifikationspartei erhält in sehr hohem Ausmaß Problemlösungskompetenz zugeschrieben, die jeweilige „Anti-Partei“ praktisch überhaupt keine. SPD-Identifizierer sind noch etwas mehr von der Problemlösungskompetenz „ihrer“ Partei überzeugt als Unions-Identifizierer, ostdeutsche Identifizierer noch etwas stärker als westdeutsche. Ausweislich der Korrelationen steigt erwartungsgemäß mit der Stärke der Parteiidentifikation der Glaube an die Problemlösungskompetenz der Identifikationspartei deutlich an - in den alten Bundesländern etwas stärker als in den neuen.

Bei den Abweichungen zwischen den eigenen Positionen der Befragten zu umstrittenen politischen Sachfragen und den perzipierten Haltungen der Parteien dazu ergibt sich ein Befund, der erhebliche Paralleltäten zum vorhergehenden Abschnitt über Parteisympathien aufweist. Unions- und SPD-Identifizierer sehen sich im Mittel als am nächsten zur jeweiligen Identifikationspartei, die Distanz zur „Anti-Partei“ ist deutlich größer (zur Operationalisierung von Issuedistanzen s. z.B. Stokes, 1963). Am weitesten entfernt stehen in beiden Landesteilen die SPD-Identifizierer von den Auffassungen der Union. Deren Identifizierer betrachten sich mit ihren eigenen Meinungen als weniger weit von der SPD entfernt. Diese Issuedistanzen sind in den neuen Bundesländern jeweils etwas geringer sind als in den alten und sie weisen in beiden Landesteilen eine sinkende Tendenz auf. Damit ist die Meinungsnähe bzw. -verschiedenheit zur Identifikationspartei bzw. „Anti-Partei“ wiederum am stärksten polarisiert bei westdeutschen SPD-Identifizierern 1991, am schwächsten bei ostdeutschen Unions-Identifizierern 1992. In Ost und West nimmt ausweislich der Korrelationskoeffizienten die Issuedistanz zur Identifikationspartei mit zunehmender Stärke der Identifikation ab (durchweg negative Vorzeichen), mit einer Ausnahme (Identifizierer mit den Grünen 1992) gilt jedoch, daß dieser Zusammenhang in den neuen Bundesländern etwas schwächer ist als in den alten. Ferner fällt bei Betrachtung der Korrela-

Tabelle 8: Parteiidentifikation und Einstellungen zu Sachfragen und Politikern

	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1991	1992	1991	1992
Bewertung der Issuekompetenz <sup>a</sup> der CDU/CSU durch CDU/CSU-Identifizierer	0,64	-	0,69	-
SPD durch CDU-CSU-Identifizierer	0,05	-	0,05	-
CDU/CSU durch SPD-Identifizierer	0,04	-	0,05	-
SPD durch SPD-Identifizierer	0,67	-	0,71	-
Korrelation zwischen Stärke der Parteiidentifikation und Issuekom- petenz der Identifikationspartei bei:				
CDU/CSU-Identifizierern	0,25	-	0,15	-
SPD-Identifizierern	0,12	-	0,11	-
FDP-Identifizierern	0,52	-	0,34	-
Grüne-Identifizierern	0,31	-	0,03	-
Issuedistanz <sup>b</sup> zur CDU/CSU bei				
CDU/CSU-Identifizierern	0,85	0,88	0,98	0,78
SPD bei CDU/CSU-Identifizierern	1,19	1,03	1,08	0,89
CDU/CSU bei SPD-Identifizierern	1,38	1,26	1,38	1,29
SPD bei SPD-Identifizierern	0,88	0,84	0,83	0,76
Korrelation zwischen Stärke der Parteiidentifikation und Issuedistanz zur Identifikationspartei bei:				
CDU/CSU-Identifizierern	-0,20	-0,22	-0,09	-0,13
SPD-Identifizierern	-0,14	-0,17	-0,04	-0,07
FDP-Identifizierern	-0,31	-0,35	-0,28	-0,17
Grüne-Identifizierern	-0,39	-0,18	-0,31	-0,47
Bewertung der Politiker <sup>c</sup> der				
CDU/CSU durch CDU/CSU-Identifizierer	0,44	0,36	0,51	0,43
SPD durch CDU/CSU-Identifizierer	-0,15	-0,05	0,09	0,12
CDU/CSU durch SPD-Identifizierer	-0,24	-0,14	-0,03	0,07
SPD durch SPD-Identifizierer	0,55	0,46	0,60	0,59
Korrelation zwischen Stärke der Parteiidentifikation und Bewertung der Politiker der Identifikationspartei bei:				
CDU/CSU-Identifizierern	0,38	0,29	0,17	0,36
SPD-Identifizierern	0,28	0,31	0,30	0,38
FDP-Identifizierern	0,33	0,29	0,23	0,42
Grüne-Identifizierern	0,35	-	-	-

a: Skala von 0 bis 1, je nach der Zahl der Nennungen einer Partei als am kompetentesten zur Lösung der drei wichtigsten Probleme (offene Fragen) für die Bundesrepublik (0=nie genannt, 1=immer genannt).

b: Euklidische Distanzen über alle in die jeweilige Erhebung einbezogenen Positions-Issues.

c: Sympathieskalometer für Politiker mit elf Skalenwerten von -1 bis +1 (s. Anm. zu Tabelle 7). Die Sympathiewerte aller zur Bewertung vorgelegten Politiker einer bestimmten Partei wurden arithmetisch gemittelt.

-: nicht erhoben



tionskoeffizienten auf, daß sie fast ausnahmslos in beiden Landesteilen bei Identifizierern der Grünen und der FDP höher liegen als bei Anhängern der großen Volksparteien. Die Stärke der Parteiidentifikation hängt also bei Identifizierern dieser beiden kleinen Parteien stärker als bei Anhängern der Volksparteien mit der Übereinstimmung mit der Identifikationspartei in umstrittenen politischen Sachfragen zusammen. Kausal kann dieser Befund natürlich ebenso plausibel in beiden Richtungen interpretiert werden. In jedem Fall unterstreicht er die bekannte Tatsache, daß die Anhänger dieser beiden Parteien besonders stark an politischen Sachfragen orientiert sind.

Für die Bewertung der personellen Angebote der Parteien schließlich gilt erneut weitgehende Parallelität zu den Befunden des letzten Abschnitts über die aktuelle Parteisympathie: Politiker der Identifikationspartei werden in beiden Landesteilen wesentlich positiver beurteilt als solche der „Anti-Partei“, SPD-Identifizierer haben stärker polarisierte Bewertungen als Unions-Identifizierer, ostdeutsche Identifizierer polarisieren weniger als westdeutsche. Damit sind die Urteile von westdeutschen SPD-Identifizierern am extremsten und von ostdeutschen Unionsanhängern am ausgeglichtesten. Von 1991 nach 1992 hat die Polarisierung insgesamt abgenommen. Die Korrelationskoeffizienten belegen abschließend, daß zwischen der Stärke der Identifikation mit einer Partei und der Sympathie für ihr personelles Angebot die zu erwartenden systematischen Zusammenhänge bestehen, die in den neuen Bundesländern 1991 meist etwas schwächer, 1992 jedoch noch deutlicher ausgeprägt sind als in der alten Bundesrepublik.

## 11. Abschließende Überlegungen

Der hier vorgelegte umfassende Vergleich von Parteiidentifikationen in den alten und neuen Bundesländern führt zu dem Ergebnis, daß die Ähnlichkeiten die Unterschiede bei weitem überwiegen. Die beobachteten Abweichungen sind nicht *kategorialer* Natur, sondern lediglich *graduell*. Nach den meisten der angelegten Kriterien sehen Parteiidentifikationen in Ostdeutschland ganz ähnlich aus wie solche in Westdeutschland und stehen in ganz ähnlichen Beziehungen zu anderen politischen Einstellungen und Verhaltensorientierungen. Die auffälligsten Unterschiede zwischen beiden Landesteilen sind, daß Parteiidentifikationen in den neuen Ländern im Mittel noch nicht so lange bestehen wie im Westen, daß stabile Parteiidentifikationen die Wahlabsichten weniger stark prägen und stabilisieren, daß schließlich die politischen Einstellungswelten der Identifizierer in Ostdeutschland etwas schwächer polarisiert sind als in den alten Ländern. Dabei können die letzten beiden Befunde durch den ersten erklärt werden: Je länger Parteiidentifikationen bereits bestehen, desto höher ist die Chance, daß Wahlabsichten damit längerfristig in Übereinstimmung bleiben und sich eine kräftige Polarisierung der Bewertungen von konkurrierenden Parteien und ihren programmatischen und personellen Angeboten verfestigt.

Die Anwendung des „Ententests“ auf die ostdeutschen Antworten auf die Parteiidentifikationsfrage und damit zusammenhängende Fragen führt somit zweifelsfrei zu dem Ergebnis, daß das Tier eine Ente ist. Das Konzept der Parteiidentifikation erscheint in Ostdeutschland problemlos anwendbar. Weitere Forschungen über die Ent-

wicklung von Parteineigungen in der dortigen Wählerschaft sind nützlich und dringend erforderlich. Das erfolgreiche Bestehen des Ententests besagt allerdings, wie eingangs ausgeführt, wenig darüber, ob die *Motive* für die Beantwortung der Parteiidentifikationsfrage sich zwischen Ost- und Westdeutschland doch noch erheblich unterscheiden. Daß das Tier wie eine Ente aussieht, beweist nichts über seine genetische Ausstattung. Auch hierzu ist weitere Forschung notwendig.

Der Erfolg des Ententests aufgrund von Daten aus den ersten zweieinhalb Jahren nach der deutschen Vereinigung kann zur Frage nach dem weiteren Vorhandensein und der zukünftigen Dynamik von Parteiidentifikationen in Ostdeutschland nicht das letzte Wort sein. Vielmehr zeigen unsere Befunde, daß hier Entwicklungen im Gange sein könnten, die mittelfristig auch erhebliche Auswirkungen auf das Vorliegen und die Stabilität von Parteineigungen in den neuen Ländern haben könnten. Wir haben ermittelt, daß dort die Stabilität von Parteineigungen in den letzten zweieinhalb Jahren eher zugenommen hat. Gleichzeitig haben wir aber festgestellt, daß die Stabilität der Wahlabsichten geradezu dramatisch zurückgegangen ist. Erhebliche Anteile der Bürger in Ostdeutschland mit einer Parteiidentifikation werden durch sie nicht mehr bei der Identifikationspartei gehalten. Dahinter steht sicherlich das hohe Ausmaß an Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Entwicklung und der Problembewältigungskapazität des politischen Systems. Ebenso könnte die in den neuen Bundesländern noch geringe sozialstrukturelle Absicherung und „Versäulung“ von Parteipräferenzen dazu beitragen (man denke etwa an die im Vergleich zu Westdeutschland sehr hohen Anteile der Unionswähler in der Arbeiterschaft bei der Bundestagswahl 1990). Würden die sogar bei stabilen Parteiidentifikationen von uns beobachteten hohen Abfallsraten von der Identifikationspartei tatsächlich bei künftigen Wahlen realisiert, möglicherweise sogar wiederholt, dann könnte das nicht ohne Folgen für die Verteilung und Stabilität der Parteiidentifikationen bleiben. Insofern könnte die hier beobachtete Destabilisierung der Wahlabsichten in den neuen Bundesländern durchaus ein Vorboten für spätere Destabilisierung der Parteiidentifikationen sein.

Bei derartigen Spekulationen über die Zukunft stellt sich (ebenso wie bei dem hier durchgeführten Ententest) die Frage nach dem Vergleichsmaßstab dafür, was als „normale“ Meßwerte für Parteiidentifikationen und ihre Zusammenhänge mit anderen Konzepten zu betrachten sind. Selbstverständlich ist die alte Bundesrepublik der am plausibelsten heranzuziehende Vergleichsfall. Dabei besteht aber das Problem, daß Parteiidentifikationen auch dort nicht „eingefroren“ sind. Wenn wir die alten Bundesländer hinsichtlich der Parteiidentifikation als Referenzgröße für die neuen verwenden, dann ist das etwa so, als wenn man die Geschwindigkeit eines fahrenden Zuges zu ermitteln versucht, während man selbst in einem anderen fahrenden Zug sitzt. Wir können nicht davon ausgehen, daß die Parteiidentifikationen in Ostdeutschland sich asymptotisch an konstante Verhältnisse im Westen angleichen. Vielmehr entwickeln sie sich in den neuen Bundesländern, während in den alten gleichzeitig im Zuge der allgemeinen Politik- und Parteiverdrossenheit eine Erosion der Identifikationen eingesetzt haben könnte. Daß Parteiidentifikationen in den alten Bundesländern nach unseren Befunden etwas seltener, etwas weniger stabil und deutlich schwächer geworden sind, ist ein Indiz dafür. Wenn dem so ist, dann könnten wir es in Ostdeutschland seit

der Vereinigung und in der mittelfristigen Zukunft mit einem komplexen Gemenge von zwei Prozessen zu tun haben, nämlich einerseits Erwerb, Ausbau und Verfestigung von Parteiidentifikationen und andererseits gleichzeitig paralleler Erosion in beiden Landesteilen. Welche Konsequenzen sich daraus für die Entwicklung der Anteile der Identifizierer und der Stärke und Stabilität der Identifikationen ergeben und welche Folgen das für die Funktionsfähigkeit des politischen Systems haben könnte, ist noch alles andere als klar.

Diese Ungewißheit unterstreicht nochmals die Notwendigkeit weiterer intensiver Forschung über die Beziehungen der Bürger in beiden Teilen Deutschlands zu den politischen Parteien. Weil die Bundesrepublik zu den Ländern mit einer sehr hohen „Befragungsdichte“ gehört, haben wir für die Zeit seit der Wende bereits eine Vielzahl von Querschnittsstudien zur Verfügung, mit denen die hier vorgelegten Analysen weiter abgesichert und differenziert werden können. Für die Beantwortung der soeben aufgeworfenen - in die Zukunft reichenden - Fragen ist diese Datenbasis jedoch unzureichend. Wiederholungsbefragungen wie die hier ausgewerteten sind zwar wesentlich geeigneter, weil sie einen Blick auf die individuelle Stabilität der Einstellungen erlauben, aber wegen der kurzen Erhebungsabstände von höchstens einem Jahr sind sie ebenfalls nicht optimal. Grundsätzliche Orientierungen gegenüber politischen Parteien sind dem theoretischen Konzept nach *längerfristig stabile* Einstellungen. Die Dynamik solcher Einstellungen kann deshalb nur über längere Zeiträume hinweg adäquat untersucht werden. Deshalb ist es dringend geboten, möglichst bald Studien auf den Weg zu bringen, welche dieses Desiderat in ein geeignetes Forschungsdesign umsetzen.

## Literatur

- Berger, M. (1973). Parteiidentifikation in der Bundesrepublik. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 14, S. 215-225.
- Berger, M. (1977). Stabilität und Intensität von Parteieinigungen. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 18, S. 501-509.
- Bluck, C. & Kreikenbom, H. (1991). Die Wähler in der DDR: Nur issue-orientiert oder auch parteigebunden? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 22, S. 495-502.
- Bluck, C. & Kreikenbom, H. (1993). Quasiparteibindung und Issues. In: Gabriel, O.W. & Troitzsch, K.G. (Hrsg.). *Wahlen in Zeiten des Umbruchs*. Frankfurt/M., S. 455-470.
- Butler, D. & Stokes, D.E. (1971). *Political Change in Britain: Forces Shaping Electoral Choice*. Harmondsworth.
- Campbell, A. et al. (1960). *The American Voter*. New York.
- Carmines, E.G. & Stimson, J.A. (1980). The Two Faces of Issue Voting. In: *American Political Science Review*, 74, S. 78-91.
- Converse, P.E. (1969). Of Time and Partisan Stability. In: *Comparative Political Studies*, 2, S. 139-171.
- Converse, P.E. (1976). *The Dynamics of Party Support: Cohort-Analyzing Party Identification*. Beverly Hills, Cal.
- Falter, J.W. (1977). Einmal mehr: Läßt sich das Konzept der Parteiidentifikation auf deutsche Verhältnisse übertragen? In: *Politische Vierteljahresschrift*, 18, S. 476-500.
- Gibowski, W.G. (1990). Demokratischer (Neu-)Beginn in der DDR: Dokumentation und Analyse

- der Wahl vom 18. März 1990. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 21, S. 5-22.
- Gibowski, W.G. (1991). Auf dem Weg zum politischen Alltag: Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11, S. 3-20.
- Gluchowski, P. (1978). Parteiidentifikation im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. In: Oberndörfer, D. (Hrsg.). *Wählerverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin, S. 265-323.
- Gluchowski, P. (1983). Wahlerfahrung und Parteiidentifikation: Zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik. In: Kaase, M. & Klingemann, H.-D. (Hrsg.). *Wahlen und politisches System. Bilanz und Perspektiven der Forschung*. Sonderheft 18 der PVS. Opladen, S. 442-477.
- Gluchowski, P. & Zelle, K. (1992). Demokratisierung in Ostdeutschland: Aspekte der politischen Kultur in der Periode des Systemwechsels. In: Gerlich, P. (Hrsg.). *Regimewechsel*. Wien, S. 231-274.
- Niemi, R.G. (1991). Issues and Inheritance in the Formation of Party Identification. In: *American Journal of Political Science*, 35, S. 970-988.
- Norpoth, H. (1978). Party Identification in West Germany. In: *Comparative Political Studies*, 11, S. 36-61.
- Rattinger, H. (1993a). Abkehr von den Parteien? Dimensionen der Parteiverdrossenheit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11, S. 24-35.
- Rattinger, H. (1993b). Parteieigungen, Sachfragen- und Kandidatenorientierungen in Ost- und Westdeutschland 1990-1992. In: Gabriel, O.W. & Rattinger, H. (Hrsg.). *Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland seit der Vereinigung*. Frankfurt/M.
- Roth, D. (1990). Die Wahlen zur Volkskammer in der DDR: Der Versuch einer Erklärung. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 31, S. 369-393.
- Stokes, D.E. (1963). Spatial Models of Party Competition. In: *American Political Science Review*, 57, S. 368-377.